

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntags: Die illustrierte „Zeitung“, „Litterarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 430 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: 1000 Zeilen 30 Pfennig in Familien-Anzeigen 500 Zeilen 20 Pfennig. — Sonntags: 1000 Zeilen 30 Pfennig. — Sonntags: 1000 Zeilen 30 Pfennig. — Sonntags: 1000 Zeilen 30 Pfennig.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Meißner, Berlin. Für Rücksendung usw.: Manuskripte hat Porto beizulegen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruckerei Ullstein: Am Dönhofs 1 (A 1) 3600-3605, für den Fernverkehr Am Dönhofs 3605-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postnachkonto Berlin 606.

## Frankreichs Milliarden-Rüstung

### Der aufgeteilte Militär-Etat

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Paris, 11. November

Der französische Senatsvoranschlag für 1931 fordert für die Zwecke der Rüstungsbeschaffung 12,3 Milliarden Franken (2 Milliarden Mark), davon 4,8 Milliarden für das Landheer, 2,8 Milliarden für die Marine, 2,3 Milliarden für die militärische Organisation der Kolonien und 2,2 Milliarden für die Luftwaffe. Darüber hinaus enthält der Etat noch eine ganze Reihe verstreuter Rüstungsausgaben, die auf mindestens 4-5 Milliarden veranschlagt sind.

Zu einer noch wesentlich höheren Ziffer gelangt der sozialistische Abgeordnete Antonelli, ein Mitglied der Finanzkommission der Kammer, der heute im „Populaire“ eine genaue Zusammenstellung aller im Budget für Gewr, Marine, Luftwaffe und Kolonien ver-

gesehenen Aufwendungen veröffentlicht. Danach sind in den 4,8 Milliarden, die für das Kriegsmaterial ausgemessen sind, wieder die Ausgaben für den Ausbau der Befestigungen in Höhe von rund einer Milliarde, noch diejenigen für die im Sommer beschlossene Auffüllung der Munitionslager, Waffen- und Materialvorräte in annähernd gleicher Höhe enthalten, so daß die tatsächlichen Aufwendungen sich auf 6,9 Milliarden erhöhen.

In ähnlicher Weise sind beträchtliche Ausgaben für Marine und Luftwaffe teils auf die Veranschlagung teils in den Budgets anderer Ministerien verteilt. Insgesamt belaufen sich für diese beiden Kapitel die über den Etat hinausgehenden Beträge auf 400 bzw. 600 Millionen. Rechnet man dazu weiterhin die im Etat des Finanzministeriums funktionslosen Ausgaben für die Militärpensionen (unter Ausschuß der Kriegsveterane) in Höhe von etwas über zwei Milliarden, so ergibt sich, daß Frankreich für seine Rüstungen in diesem Jahre nicht weniger als 19 Milliarden (6,2 Milliarden Mark) aufwenden wird. „Populaire“ hat recht: „Diese Ziffern mochten jeden Kommentator überflüssig.“

## Spiel der Gegenrevolution

Geheimrat Ferdinand Tönnies,

Professor an der Universität Kiel

Wenn kürzlich Bülow („Vossische Zeitung“ vom 8. November) den konfessionellen Fraktionsführern des Winters 1908-09 den Vorwurf macht, daß das von ihnen betriebene Spiel nicht nur trivial, sondern gleichzeitig einfältig war, so lassen diese beiden Prädikate mit gleicher Strenge und Wahrheit auf das Spiel sich anwenden, das heute die Förderer der Gegenrevolution in Deutschland mit dem Zweck und dem Zukunftsaussicht des Deutschen Reiches treiben.

Die Gegenrevolution, die man alljährlich für fast gerühmter hielt, ist lebhafter geworden in Ton und Gehalt, als es seit zehn Jahren gewesen ist: sie hat einen ungeliebten Wahlerfolg davongetragen und verfolgt ihre Ziele in einer feilen und barocken Organisation nicht nur mit Freisinnigkeit und Frevolität, sondern mit einer so rücksichtslosen Frechheit, wie sie nur durch ein hohes Maß von Gegengewicht eingegeben werden kann.

Über auf 50 Jahre politisches Denken zurückzuführen kann, hat die Entschlingung und die Störungen des Gesetzes durch die gemeinefährlichen Verbrechen der Sozialdemokratie erlaubt. Die damalige Gefahr war in ihrer Fülle geteilt: die Staatsform war in Preußen wie in den übrigen Einzelstaaten und im Reich durchgeformt, die Zeitung durch den Fürsten Bismarck genötigt bei der großen Mehrheit des Volkes ein unbegrenztes Vertrauen, der deutsche Kaiser und König von Preußen war ein erstklassiger und begabener Mann, dessen Haupt die Vorbereitungen von drei siegreichen Kriegen waren. Die wachsende Zahl sozialdemokratischer Stimmten, die herausfordernde Art einiger weniger demagogischer Redner, die nicht einmal dem Parteivorstand angehörten, setzten den ruhigen Bürger der kleinen Städte, noch mehr als den Landmann, von Zeit zu Zeit in Schrecken und bezweifelten, daß man im Ernst glaubte, die sinnlosen Schüsse eines verarmten und eines unwahmöglichen jungen Mannes seien das von der Sozialdemokratie Partei abhörsichtlich gegebene Signal für einen ungeheuren Aufbruch. Diese Annahmen, deren die damalige Regierung für ihre Zwecke sich bediente, waren falsch, wenn nicht fälschlich zu nennen. Im Jahre 1877 erfolgte die Zunahme sozialdemokratischer Stimmen, die einer halben Million nahekommen waren. Viermeisters Gemüt: es waren 91 von 1000 Stimmen geworden gegen 68 drei Jahre früher. Freilich, es war auch damals eine große allgemeine Krise der Volkswirtschaft, lag der Weltmarkt still, soweit sie schon vorhanden war, ausgebrochen. So habe in einer kleinen Schrift „Die Entstehung des Sozialengesetzes“ (Berlin, Springer) auf die Zusammenhänge hingewiesen.

Wir haben heute eine neue Staatsform. Das ist von vielen gelobt und erachtet wird, und zwar gerade von vielen, die als Träger der Bildung gelten, ist bekannt. Weniger bekannt ist, daß seit dem Wachsen der Republik unbenutzt, aber gerade in den letzten Jahren mit zunehmender Intensität, auf ihre Gestaltung hingearbeitet wird: aber der Ausfall der letzten Reichstagswahlen muß jeden darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Erhaltung dieser Staatsform als ein fälschlich notwendige Lebensbedingung für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk (benn auch für Österreich) ist es erkannt hat.

Stimm mit den Stimmten, die für die beiden Parteien, welche die „Parti national“ am Schluß der Reichstagsung aller Reichstagsmitglieder und Vorgesetzten, die nicht zu ihnen gehören, im Rahmen ihrer, diejenigen vereinigt werden, die in der gegenrevolutionären Tendenz ihnen nahe verwandt sind, nämlich Bauernbund, Landbund und Bergleuten, überdies aber die Hälfte der Stimmen, die für die Deutsche Volkspartei abgegeben wurden, als in dieser Hinsicht gleichgerichtet hinanzunehmen — der letzte Faktor ist genau so ungenügend, wie der Rationalismus es immer war. So finden wir, daß insgesamt 1000 Stimmen im Jahr 1928 300 gegenrevolutionäre Stimmen, im September 1930 300 ebenfalls aus den Wählenden hervorgegangen. Die Zunahme beträgt also 182 vom Hundert: kein Wunder, daß diese Zunahme eine große Verunreinigung hervorgerufen hat.

Eine nähere Betrachtung der einzelnen Wahlkreise kann aber dazu dienen, die Aufzählung

## Preisferkung mit Hindernissen

### Neue Verhandlungen notwendig

Das erste Ergebnis der ersten größeren Aktion der Preisregulierung zur Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel ist ein Mißlingen: ein Teil der an den Abwägungen über die Senkung der Brot- und Milchpreise Beteiligten, deren Mitwirkung für das Gelingen der ganzen Aktion von entscheidender Wichtigkeit ist, will nicht mitmachen. Die Brotfabriken, deren Vertreter an den Verhandlungen beteiligt waren und die den Beschlüssen zugestimmt hatten, haben nachträglich ihre Vertreter abgesondert. Hier ist die Preisfrage für ein noch unangenehmeres „Mißverständnis“ entstanden. Die meisten Bäckereibesitzer sind offenbar der Meinung, daß ihnen der Erfolg der Herabsetzung der Preispreise von Getreidemehl zwischen dem Groß- und Kleinhandelspreis zugute kommen soll und haben daher die Bäckereipreise nicht herabgesetzt.

Was ist geschehen? Geschehen ist eigentlich nichts. Es hat sich nur herausgestellt, daß die Abwägungen, die nach wochenlangen Verhandlungen zum Preisregulierungsausschuß mit den Vertretern der Lebensmittelgewerke getroffen wurden, nicht so einseitig waren, wie man es im Interesse des Gelingens der ganzen Aktion gerne gewollt hätte. Man konnte bereits manches in der offiziellen Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen bedenklich finden. Es war an verschiedenen Stellen nur von „Empfehlungen“, von Hoffnungen und Erwartungen die Rede, wo man lieber Konkreteres erfahren hätte. Es konnte auch nicht festgestellt werden, welche Maßnahmen gegeben worden sind, damit sich die Abwägungen, die ja zunächst nur für Berlin gelten sollten, auch auf das Reich ausdehnen. Und vor allem mußte ein Vorbehalt im dem Befehl des Reichs- und Landesregierungen anfallen, in dem er an seine Reichsregierungsmitglieder die Aufforderung richtete, gemäß den Abwägungen mit dem Ernährungsministerium, die Spanne für Getreidemehl um 5 Pfennig zu legen. In dem Befehl heißt es: „Das Preisfestsetzungsgesetz ist eine Vorleistung, die nur eine begrenzte Zeit kann und nur aufrechterhalten wird, wenn die von der Preisregulierung auf der ganzen Linie zugewandten Abwägungsmaßnahmen sich schnellstens auswirken und wenn die Händler und Inhaberinnen auch die Gemeinden auf seinen Fall die besten Waren und besten Beschaffungen, sondern im Gegenteil, ebenfalls erheblich herabsetzen.“ Es werden also Bedingungen gestellt und von „Bereitungen“ wird gesprochen, wo man eigentlich erwartet hätte, daß es sich um ein verbindende Verpflichtungen handelte.

Trotzdem darf man hoffen, daß diese Dinge in den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen, in Rüge ausgeführt werden. Es besteht eine ganz andere Gefahr. Es besteht die Gefahr, daß das hier der ganzen Preisferkung durch die Wirtschaftskräfte, die jetzt in Berlin entstanden sind, in Rom proklamiert wird, daß ein Rückschlag von diesen Augenblicken und hoffentlich vorübergehenden Schwierigkeiten auf die Aussichten des ganzen Unternehmens gezogen wird. Die Regierung dringt hat sich die fast heroische Aufgabe gestellt, eine Preisferkung durch Einwirkung von einer zentralen Stelle

auszusetzen. Die Regierung hat sogar schon Erfolge erzielt. Diese Anfangserfolge dürfen jetzt nicht durch Gegenaktionen, die kaum allzu großer Sorge um das Wohl der Allgemeinheit entspringen können, abgebrochen werden.

Die Kleinhandelspreise haben sich in letzter Zeit beträchtlich von den Preisen für Agrarprodukte und Lebensmittel im Großhandel entfernt. Obwohl gibt es eine Reihe von Gründen, die diese Entwidlung veranlassen haben, und die nicht dem Einfluß des Handelsunterliegen. Aber keinesfalls können diese Gründe die Preisentwidlung allein bestimmen haben. Es muß ja einer Verminderung der Handelspreise kommen, nicht zuletzt im Interesse des Einzelhändlers selbst, weil sonst der Konsum andere Wege unter Ausnutzung des Einzelhandels zum Produzenten und Großhändler findet wird.

Obwohl diese nicht es nicht gehen. In einer Zeit, in der alle Geschäft und alles Opfer zu bringen haben, wird sich der Handel und der Verkauf das handwerk nicht annehmen. Der Anfang ist schwer. Sollte er allzufrüh werden, dann muß der Regierung gelehrt werden, daß sie in neuen Verhandlungen auf breiterer und gesellischer Grundlage ihren Einfluß mit aller Einseitigkeit wirksam macht.

## Metallarbeiter-Protest

Der engere Verband des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der sich aus dem Werk und den Belegschaften zusammenschließt, hat in einer Sitzung am Dienstag letzten Freitag an dem Schloßpreuss für die Berliner Metallindustrie geteilt. Der Verbandsvorsitzende Brandes sagte, daß der Streik aus, Erwartungen gemäÙ entzündet habe. Er sei ein großer Erfolg gewesen und die Arbeiter selbst, die den ersten Schloßpreuss einmütig abgelehnt und diese Ablehnung durch einen operativen Streik unterstützt hätte, hätte es nicht für möglich gehalten, daß der. Die Schloßpreuss vor der neuernannten Schloßpreussinhaber wiedertrifften können. Gegen jeden Schloßpreuss, zumal wenn er das Bestehen der Arbeiter verstoßpreuss, werde in Zukunft jedes Widerband geleistet werden. Das ist der Verhandlung mit dieser Aufstellung ernst sei, beweise der ungenügende Erfolg Ausbruch der Metallarbeiter in die Welt.

## Modrentwäsche in R'o

New York, 11. November

Die New-Yorker Zeitungen melden, daß die offizielle Untersuchung des „Wochen-Zwischenfalls in Rio de Janeiro die völlige Schuldlosigkeit der brasilianischen Behörden ergeben habe. Die Auslagen hätten demnach, daß der Kapitän der „Raden“ unterlassen habe, den Inspektoren der Passenbehörden nachzukommen.

Diese „Feststellungen“ stehen in so striktem Gegensatz zu allen bisher bekannt gewordenen Tatsachen, daß man zu der Hoffnung angelegentlich keineswegs als erledigt wird betrachten können.